

Führungswechsel nach 20 Jahren

TRANSNISTRIEN HAT EINEN NEUEN „PRÄSIDENTEN“

In Transnistrien, einer von der Republik Moldau abtrünnigen, überwiegend russischsprachigen und von Moskau unterstützten Region, wurde Jewgeni Schewtschuk am 30.12. als neues „Staatsoberhaupt“ vereidigt. Zuvor war er am 25.12. in der zweiten Runde der „Präsidentenschaftswahlen“ mit großer Stimmenmehrheit zum neuen „Staatsoberhaupt“ gewählt worden. Der bisherige „Präsident“ Igor Smirnow, der Transnistrien seit seiner Abspaltung vor 20 Jahren regierte, schied überraschenderweise mit nur 25 Prozent der Stimmen bereits in der ersten Runde aus. Der von Russland unterstützte Sprecher des Obersten Sowjet, Anatoli Kaminski, konnte bereits in der ersten Runde nur den zweiten Platz belegen, mit 26,5 Prozent der Stimmen gegenüber Schewtschuks 38,5 Prozent, und fiel in der zweiten mit 20 zu 74 Prozent sogar noch weiter hinter diesen zurück. Moskau konnte trotzdem sein Hauptziel erreichen, Smirnows abzulösen, der sich zuvor weder im Konflikt mit der moldauischen Regierung in Chişinău kompromissbereit gezeigt hatte noch als von Russland steuerbar.

Frühere „Präsidentenschaftswahlen“ in der international (auch von Russland) nicht als Staat anerkannten Region hatten eher plebiszitäre Bestätigungen Smirnows ohne wirkliche Konkurrenten geglichen. Die Wahl Schewtschuks war der erste wirklich kompetitive Urnengang dieser Art in Transnistrien. Russland hatte durch politischen Druck und Wahlbeobachter Möglichkeiten zur Wahlfälschung durch das Regime Smirnows weitgehend eingeschränkt. Im Wahlkampf war Schewtschuk zwar benachteiligt, weil seine Gegenkandidaten über ungleich

größere Ressourcen verfügten. Sie konnten die russischen wie lokalen Medien für sich mobilisieren, Smirnows Lager zudem die Ressourcen des transnistrischen „Staatsapparates“, während Kaminskis Lager massive Hilfe aus Moskau erhielt. Umso weniger Grund gibt es jedoch für Zweifel daran, dass das Wahlergebnis den Wählerwillen widerspiegelt. Tatsächlich hat sich Schewtschuk in den vergangenen Jahren als glaubwürdigste Reformkraft in der Region profiliert. Die Wähler sind der herrschenden Elitenzirkel in den beiden anderen Lagern schon länger überdrüssig, ebenso wie der mit ihnen herrschenden Korruption sowie der wirtschaftlichen Stagnation und Perspektivlosigkeit, die auch eine Folge des ungelösten Transnistrienkonfliktes ist. Diese Unzufriedenheit hat jetzt nur ein politisches Ventil gefunden.

Trotzdem ist Schewtschuks Wahlsieg beachtlich, weil er sich in der Region nur in vergleichsweise geringem Maße auf eine organisierte Machtbasis stützen kann. Über 20 Jahre wurde die transnistrische Politik von Machtkämpfen und Machtkompromissen innerhalb der Eliten geprägt, die auch über die Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen entschieden. Im letzten Jahrzehnt bildeten sich dabei zwei konkurrierende Lager heraus. Das erste davon war Smirnows Lager, das sich die politische Macht sicherte und die Kontrolle über die „Machtministerien“ und die Staatseinnahmen ausübte. Ein zweites Lager sammelte sich in und um die Partei Obnovlenie, die 2005 die Mehrheit im „Obersten Sowjet“, dem „Parlament“ Transnistriens gewann. Hinter der Partei steht besonders der regionale Sheriff-Konzern, der bei den Privatisierungen in Transnistrien große Teile der regionalen Wirtschaft über-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

REPUBLIK MOLDAU

HANS MARTIN SIEG

2. Januar 2012

www.kas.de/moldau

www.kas.de

nommen hatte. Während Smirnow den politischen Status Quo verteidigte, trat Obnovlenie vor allem aus wirtschaftlichen Interessen für Reformen und eine stärkere Öffnung der Region nach außen ein.

Schewtschuk begann seine Karriere in Obnovlenie, deren Vorsitzender er war. 2005 wurde er der Vorgänger von Kaminski als „Parlamentssprecher“. Dabei trat er für eine entschiedene Bekämpfung der Korruption und politische Reformen ein, die sich zunehmend gegen das Machtsystem Smirnows richteten. 2009 verlor Schewtschuk jedoch den eskalierenden Machtkampf mit Smirnow, wurde vom eigenen Lager fallen gelassen und musste zuerst als „Parlamentssprecher“, dann auch als Parteivorsitzender zurücktreten und wurde schließlich auch aus Obnovlenie ausgeschlossen. Dadurch wurde sein Verhältnis zu den beiden anderen Lagern so schwer beschädigt, dass diese auch bei der jetzigen „Präsidentenwahl“ vermutlich den Sieg des jeweils anderen Gegenkandidaten vorgezogen hätten. Nach dem Machtkampf von 2009 hatte Schewtschuk nahezu alle politischen Ressourcen verloren. Nur wenige Beobachter trauten ihm daher ein politisches Comeback zu.

Schewtschuks Wahlsieg wird sich nicht in einem Führungswechsel erschöpfen, sondern einer tiefer greifenden Neuordnung des politischen Systems den Weg bereiten. Mit Smirnows Niederlage dürfte sich sein politisches Lager weitgehend auflösen. Es besteht aus einer vergleichsweise kleinen Machtelite, die von dem Zugriff auf die „staatlichen“ Ressourcen abhing und keine selbstständige Parteistruktur ausgebildet hat. Teile des bisherigen Herrschaftssystems werden jedoch als eigene Machtfaktoren fortbestehen. Das dürfte für das „Innenministerium“ gelten, besonders aber für den Sicherheitsdienst, der eng mit russischen Geheimdiensten verbunden und deshalb Eingriffen der neuen politischen Führung weitgehend entzogen ist. Auch wird sich der Einfluss Russlands nicht verringern. Transnistrien bleibt nicht nur wirtschaftlich von Moskau abhängig. Anders als der kaum steuerbare Smirnow werden sich Obnovlenie wie auch Schewtschuk zur Konsolidierung ihrer künftigen Machtposition zunächst

möglichst eng an die russische Politik anzulehnen suchen.

Der bedeutsamste Effekt des Wahlsieges von Schewtschuk wird darin bestehen, dass er den politischen Pluralismus in Transnistrien stärkt. Er bewirkt, dass die Niederlage Smirnows nicht zu einer einseitigen Dominanz von Obnovlenie im politischen System Transnistriens führt, sondern dass sich zwei Kräfte gegenüber stehen und gegenseitig kontrollieren werden. Wie ausgeglichen dieses Kräfteverhältnis sein wird, wird entscheidend davon abhängen, ob es Schewtschuk gelingt, sich stärker eine organisierte Machtbasis zu schaffen. Anders als bei der Konkurrenz zwischen Smirnow und Obnovlenie stehen sich jetzt zudem zwei grundsätzlich reformbereite Kräfte gegenüber, die sich – auch infolge dieser Wahl – künftig unmittelbarer am Wählerwillen orientieren müssen. Mit anderen Worten: Transnistrien wird demokratischer. Im Idealfall entsteht ein Zwei-Parteiensystem.

In seiner Antrittsrede hat Schewtschuk nicht nur Reformen zur Stärkung der Bürgerrechte und der Meinungsfreiheit sowie zur Liberalisierung der Wirtschaft angekündigt, sondern sich auch gegen den Einfluss egoistischer Kräfte in der Politik gewandt – eine deutliche Anspielung auf die wirtschaftlichen Interessen hinter Obnovlenie. Als eine seiner ersten Amtshandlungen hat er zugleich nahezu die gesamte bisherige „Regierung“ entlassen, einschließlich des „Ministers“ für Staatssicherheit. Das war ein Rundumschlag, um seinen Führungsanspruch zum unterstreichen. Doch dürften Schewtschuk noch harte Machtkämpfe und Kompromisse bevorstehen. Um sich in ihnen behaupten zu können, wird er umsichtig agieren müssen. Andernfalls droht entweder ihm die politische Marginalisierung oder der transnistrischen Politik insgesamt Instabilität.

Für Schewtschuk wird der nächste Schritt in der Konsolidierung seiner Macht bestehen müssen. Konnte er bei den Wahlen vor allem die Unzufriedenheit der Wählermehrheit für sich mobilisieren, steht er jetzt vor der Aufgabe, eine Parteistruktur aufzubauen, die eine dauerhaftere politische Kraft bildet. Außerdem hat die Wahl die künftige Macht-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

REPUBLIK MOLDAU

HANS MARTIN SIEG

2. Januar 2012

www.kas.de/moldau

www.kas.de

verteilung in Transnistrien noch nicht abschließend entschieden. Diese muss zwischen dem „Präsidenten“ und der Mehrheit im „Parlament“ jetzt vielmehr neu verhandelt werden – und zwar nicht nur zwischen Exekutive und Legislative, sondern auch innerhalb der Exekutive. Dies gilt umso mehr als Obnovlenie Smirnow noch vor der „Präsidentschaftswahl“ eine Verfassungsreform abringen konnte, mit der u.a. das Amt eines zwar vom „Präsidenten“ ernannten, doch dem „Parlament“ verantwortlichen „Regierungschefs“ eingeführt wird. Dieser „Regierungschef“ wird daher voraussichtlich aus den Reihen von Obnovlenie konnten. Dabei bleibt einer noch zu gestaltenden Verfassungspraxis überlassen, welche tatsächliche Machtfülle sich „Präsident“ und „Regierungschef“ jeweils sichern können.

Schewtschuk wird auch seine Beziehungen zu Moskau wiederherstellen müssen. Der Kreml hatte ihn zwar 2009 während seines Machtkampfes mit Smirnows unterstützt, nach seinem politischen Fall jedoch auf Kaminski gesetzt. Die Verbindungen zu Schewtschuk sind damit wohl weitgehend abgebrochen. Moskau kann aber darauf bauen, dass Schewtschuk angesichts der innertransnistrischen Machtkämpfe selbst die Unterstützung Russlands suchen wird. Auch werden seine Beziehungen zu Moskau einfacher zu reparieren sein als sein Verhältnis zu Obnovlenie, mit der es einen viel tieferen Bruch gegeben hat. Außerdem wird auch Moskau ein Interesse am Fortbestand eines Gleichgewichts politischer Kräfte in Transnistrien haben, weil dies beide Lager stärker von der eigenen Unterstützung abhängig machen kann.

Im Transnistrienkonflikt werden Schewtschuk wie auch seine Opponenten in Obnovlenie zunächst nur vorsichtig agieren. Denn sie werden weder riskieren, dabei in einem Konflikt mit Moskau zu geraten noch sich vom politischen Gegner daheim einer zu nachgiebigen Haltung beschuldigen zu lassen. Deshalb hat auch Schewtschuk nach seiner Inauguration bekräftigt, die internationale Anerkennung Transnistriens erreichen zu wollen. Beide Lager haben dabei eine widersprüchliche Motivation. Einerseits streben sie schon aus wirtschaftlichen

Gründen eine Öffnung Transnistriens an und wollen deshalb Gegensätze mit der moldauischen Regierung in Chişinău abbauen. Sie wissen, dass das Kompromisse voraussetzt und mit dem Beharren auf der eigenen Unabhängigkeit schwer zu vereinbaren ist. Andererseits wollen sie gegenüber Chişinău aber auch ein Maximum an Eigenständigkeit herausholen. Bevor sich in Transnistrien die veränderte Machtkonstellation nicht konsolidiert hat, sind von der Führung in Tiraspol kaum neue Initiativen zu erwarten. Sie wird aber wohl auch nicht die Kompromisslosigkeit von Smirnow zeigen. Fortschritte in den internationalen Verhandlungen über den Transnistrienkonflikt werden daher jetzt vor allem davon abhängen, welche Kompromisse von Russland unterstützt werden.

Mit der Meseberger Initiative hatten Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Medwedew eine Zusammenarbeit zwischen der EU und Russlands zur Lösung des Konfliktes um die international nicht als Staat anerkannte Region vorgeschlagen. Diese Initiative hat dazu geführt, dass formelle Verhandlungen für eine Konfliktlösung im 5+2 Format (OSZE, Russland, Ukraine, Chişinău, Tiraspol + EU und USA als Beobachter) nach einer mehrjährigen Unterbrechung Ende November wieder aufgenommen wurden. Sie dürfte aber indirekt auch zu dem politischen Wandel beigetragen haben, der sich mit der Wahl Schewtschuks in Transnistrien vollzieht. Auch wenn er noch keine hinreichende Bedingung einer Konfliktlösung schafft, war er doch eine notwendige Voraussetzung, zu der es ohne entschiedenes Eingreifen Russlands vermutlich nicht gekommen wäre. Es war klar, dass Smirnow kein Interesse an einer Lösung hatte und dass zugleich auch keine moldauische Regierung eine Lösung mit ihm an der Spitze Transnistriens akzeptiert hätte.

Der Führungswechsel in Tiraspol wird einer Konfliktlösung nicht unmittelbar den Weg bereiten. Zu viele andere Fragen sind noch offen. Mittelbar können sich die Chancen für eine Beilegung des Konfliktes durch den politischen Wandel und die Perspektive für Reformen innerhalb Transnistriens, die sich mit den Wahlen eröffnen, jedoch entscheidend erhöhen. Denn die Möglichkeiten, wie

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

REPUBLIK MOLDAU

HANS MARTIN SIEG

2. Januar 2012

www.kas.de/moldau

www.kas.de

der Konflikt gelöst werden könnte, hängen ihrerseits von solchen Reformprozessen ab. Je unterschiedlicher die politischen Systeme in beiden Landesteilen bleiben, desto begrenzter sind sowohl die Kompromisse, die die Führung in Tiraspol eingehen kann, ohne die eigene politische Existenz zu gefährden, als auch die Zugeständnisse, die die Regierung in Chişinău machen kann, ohne die eigene Stabilität und Handlungsfähigkeit zu riskieren. Bislang bedeutete dies, dass Tiraspol seine Eigenständigkeit in einem gemeinsamen Staatswesen durch möglichst weitgehende Mitbestimmungs- und Vetorechte absichern möchte, die fast zwangsläufig zu politischen Blockaden führen würden. Will es dies verhindern, kann Chişinău aber kaum mehr anbieten, als eine regionale Autonomie. Je weiter sich die politischen Systeme und die Gesellschaften jedoch annähern, desto kompromissfähiger können beide Seiten sein. Insofern muss eine Lösung des Konfliktes mit einem politischen Wandel Transnistriens einhergehen, wenn sie einen funktionsfähigen Gesamtstaat gewährleisten soll, der europäische Standards von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verwirklicht.